

## **Stahlstandort Bremen sichern**

### **Der Landesparteitag hat am 21.05.2016 beschlossen:**

Die Stahlindustrie hat als Basisindustrie eine zentrale Funktion in der industriellen Wertschöpfungskette. In Bremen gilt in dies in besonderem Maße für die hier dominierende Automobilindustrie.

Auch für den hiesigen Arbeitsmarkt hat die Stahlindustrie eine herausragende Bedeutung. Allein das Stahlwerk von ArcelorMittal bietet 3500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Beschäftigung. Hinzu kommen wenigstens weitere 1000 Beschäftigte bei Partnerfirmen in der Region.

Der Sicherung des Stahlstandortes Bremen und seiner Arbeitsplätze gebühren daher besonderes politisches Augenmerk.

Der Landesparteitag sieht mit Besorgnis die internationalen Wettbewerbsverzerrungen auf dem Stahlmarkt und die daraus resultierenden Gefährdungen des Stahlstandortes Bremen. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die hochsubventionierten chinesischen Stahlexporte aufgrund immenser Überkapazitäten der chinesischen Stahlindustrie.

Der Landesparteitag erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten der Stahlwerke Bremen und ihrer Werksleitung, die sich seit Monaten um den Erhalt ihres Betriebes und die Absicherung ihrer Arbeitsplätze bemühen. Er ist sich jedoch bewusst, dass sich die Probleme der Stahlindustrie nicht auf betrieblicher oder regionaler Ebene lösen lassen. Der Landesparteitag begrüßt daher die parlamentarische Initiative der CDU-Bürgerschaftsfraktion für nationale und europäische Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung der heimischen Stahlindustrie.

Der Landesparteitag fordert den CDU-Landesvorstand und die CDU-Bürgerschaftsfraktion auf, sich weiterhin insbesondere dafür einzusetzen, dass

- die überfällige Aktualisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU beschleunigt erfolgt, so dass ein erfolgreicher Einsatz zum Schutz der europäischen Stahlindustrie erfolgen kann;
- die in der Stahlindustrie typische Eigenstromerzeugung auf Basis von Kuppelgasen und anderer Restenergien dauerhaft von der EEG-Umlage ausgenommen wird;
- bei der anstehenden Neufassung der EU-Emissionshandelsrichtlinie Gesichtspunkte der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie ausreichend und angemessen Berücksichtigung finden;
- die von der EU-Kommission bis Ende des Jahres zu treffende Entscheidung über die 2001 bei Beitritt Chinas zur WTO der Volksrepublik in Aussicht gestellte Zuerkennung

des Status einer Marktwirtschaft von handelspolitischen Zugeständnissen des Reichs der Mitte abhängig gemacht wird.